

Eupen, den 17.04.2023

PRESSEMITTEILUNG UND EINLADUNG ZUM

PRESSEGESPRÄCH AM DONNERSTAG, DEN 20. APRIL 2023

Thema: Vorstellung des Resolutionsvorschlags zur Aufarbeitung und Evaluierung der Legitimitätsfrage der Maßnahmen zur Coronapandemie und zum Umgang mit etwaigen zukünftigen Pandemien

Corona: Vivant fordert gründliche Analyse und schlägt 12 Lösungsansätze für die Zukunft vor

„Gesundheit ist ein Zustand des vollständigen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlbefindens.“
Das ist nicht mehr und nicht weniger als die Definition von Gesundheit der Weltgesundheitsorganisation WHO.

Die Weltgesundheitsorganisation bestätigt damit nur, was allgemein bekannt ist: Der Zustand der Gesundheit geht weit über den rein körperlichen Aspekt hinaus und bezieht sich auch auf das emotionale und soziale Wohlbefinden des Einzelnen.

Wendet man sie auf das an, was wir während drei Jahren seit März 2020 erlebt haben, muss man feststellen, dass wir nicht nur in Belgien, sondern praktisch überall in Europa und der westlichen Welt gemeinsam in einer in jeder Hinsicht sehr ungesunden Situation waren. **Die Coronakrise hat unser körperliches, unser geistiges und unser soziales Wohlbefinden gleichermaßen tief beeinträchtigt.**

Galten die Maßnahmen lange Zeit als alternativlos, so erkennen immer mehr Befürworter der rigiden Maßnahmen, wie die deutschen Politiker Armin Laschet oder Karl Lauterbach, dass manche Maßnahme weit über das Ziel hinausgeschossen war.

Viele Politiker auf den unterschiedlichsten Ebenen, von der EU-Kommission über die Regierungen der Mitgliedstaaten bis in Teilstaaten wie die Deutschsprachige Gemeinschaft, würden das Thema Corona am liebsten möglichst lautlos begraben. Doch es gibt unzählige Entscheidungen aufzuarbeiten.

Die Wissenschaft liefert dazu bedeutende und teilweise auch überraschende Erkenntnisse für viele Menschen, die während mehr als zwei Jahren Vertrauen in Politik, Medien und Wissenschaft hatten.

Seite 1 von 8

Fraktion im PDG V.o.G.

Leider wollen viele von denen, die während der Pandemie immer danach riefen, doch auf die Wissenschaft zu hören, von diesen, teils sehr unbequemen wissenschaftlichen Erkenntnissen nichts mehr wissen. Wem ist es schon angenehm hören zu müssen, dass die Schulschließungen unnötig, ja falsch waren? Oder dass nicht die drastischen Maßnahmen, sondern der normale Verlauf der Pandemie Regie geführt hat?

Die letzte Plenarsitzung des Parlamentes der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat gezeigt, dass eine überwiegende Mehrheit der PDG-Mitglieder am liebsten zur Tagesordnung übergehen würde und nicht bereit sind, das eigene und das Handeln der verschiedenen belgischen Regierungen zu hinterfragen. Wir von Vivant sind da anderer Meinung. Uns genügt nicht die bereits geleistete Arbeit des Sonderausschusses im PDG – der ja, nach Mehrheitsverständnis, nicht die Maßnahmen selbst, sondern nur deren Umsetzung in der DG hinterfragen sollte. **Wir fordern eine gründliche Analyse der getroffenen Entscheidungen.** Immerhin sind die körperlichen, die geistigen und die sozialen Schäden in unserer Gesellschaft der letzten drei Jahre so groß wie seit vielen Jahrzehnten nicht. Ganz zu schweigen von den zu erwartenden Spätfolgen. Die Bürger haben ein Recht darauf, auch damit man für künftige Pandemien aus den begangenen Fehlern lernt.

Nur auserlesene Wissenschaftler wurden gehört. Eine Debatte war unerwünscht

Vivant hat von Anfang an zu einer seriösen Auseinandersetzung mit dieser außergewöhnlichen Gesundheitskrise aufgerufen. So, wie man auf nationaler und europäischer Ebene nur eine Handvoll Wissenschaftler zu Wort hat kommen lassen, so hat man unsere Argumente nicht einmal hören wollen, geschweige denn eine Debatte zu Corona führen wollen. Trotzdem haben sich viele unsere Sorgen als berechtigt herauskristallisiert, wie wir heute wissen. Und das lässt sich mit wissenschaftlichen Erkenntnissen belegen, wie unsere 100-seitige Analyse zeigt.

Vivant hat hunderte Studien und Dokumente für eine gründliche Analyse durchforstet

Dabei hat man uns immer wieder aufgefordert, uns an der Wissenschaft, den Fakten und den Zahlen zu orientieren. Das haben wir auch getan. Deshalb legen wir heute einen Resolutionsvorschlag an die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft, an Kammer und Senat, an das EU-Parlament, an die EU-Kommission und an den EU-Ministerrat, begleitet mit einer 100-seitigen Analyse von Studien, Dokumenten, Veröffentlichungen vor, die belegen, dass ein anderer Umgang mit der Coronakrise möglich und vor allem notwendig gewesen wäre. Für diese Analyse haben wir Hunderte Studien und Dokumente gewälzt, die allesamt von anerkannten wissenschaftlichen Einrichtungen, Medien oder sonstigen Personen und Institutionen stammen. Unsere Arbeit enthält nicht weniger als rund 500 solcher Referenzen.

Auch wenn der anfängliche Umgang mit einem unbekanntem und für bestimmte Menschen gefährlichen Virus nachvollziehbar war, so lagen doch schon im Frühsommer 2020 genügend Erkenntnisse vor, die zu einem Nachdenken und einer Überprüfung des eingeschlagenen Weges hätten führen können, ja müssen. Leider hat man einen Teil der wissenschaftlichen Erkenntnisse ausgeblendet, wenn diese nicht die getroffenen Maßnahmen stützten.

Fraktion im PDG V.o.G.

Die Regierungen haben sich systematisch von den gleichen Wissenschaftlern beraten lassen. Auch in den Medien kamen immer die gleichen Virologen, Epidemiologen und sonstigen Experten zu Wort. Zahlen und Fakten waren nur dann zulässig, wenn sie das Narrativ unterstützten.

Panik war Teil der Strategie. Krankenhäuser sollten 30-fach überbelegt sein

Die allgemeine Erzählung war von Anfang an geprägt von Panik und Panikmache. Im ersten Teil unserer Untersuchung gehen wir deshalb auf den Anfang der Pandemie ein. Die ersten Maßnahmen, einschließlich des Lockdowns, basierte weitgehend auf Rechenmodellen des Imperial College in London. Man stützte sich auf Simulationsmodelle der Wissenschaftler um Neil Ferguson, von denen wir heute – und auch schon im Sommer 2020 – wussten, dass sie weit übertrieben waren. Das Coronavirus wurde vom Imperial College mit der Spanischen Grippe verglichen. Alleine für Belgien z.B. wurden 120.000 Tote vorhergesagt, es wurde ein Zusammenbruch der Gesundheitsversorgung und eine 30fache Überbelegung der Krankenhäuser vorhergesagt.

In Schweden, das für viele andere Regierungen zum schwarzen Schaf wurde – so das Imperial College, sollten alleine im Jahr 2020 85.000 Menschen an Corona sterben. Heute wissen wir: Es war eine riesige Übertreibung. Die John-Hopkins-Universität zählte, bei Einstellung der Datensammlung am 10.03.2023, insgesamt 23.777 Coronatote in drei Jahren in dem skandinavischen Land. Das übrigens, allen Unkenrufen zum Trotz, besser durch die Krise kam als fast alle vergleichbaren Länder. Auch als unser Land. So gab es in Belgien über 38.000 Tote, also rund 15.000 mehr als in Schweden.

<https://coronavirus.jhu.edu/map.html>

Asymptomatische Infizierte waren keine Ansteckungsquelle

Man ging aber nicht nur von falschen Simulationen, man ging auch von falschen Annahmen aus, wie wir im zweiten Kapitel unserer Analyse belegen. Nämlich davon, dass Menschen, die zwar das Virus in sich tragen, aber keine Symptome zeigen, also asymptomatisch sind, das Virus dennoch übertragen können. Eine Analyse mit einer Million Menschen im chinesischen Wuhan (wo die Pandemie ihren Lauf nahm), die im anerkannten Fachmagazin Nature am 20. November 2020 (FN 31) nach peer review erschien, belegt aber, dass „asymptomatische PCR-Positive keine Ansteckungsgefahr“ darstellten. Eine Meta-Analyse (FN 32) zum gleichen Thema, also eine Analyse zahlreicher anderer wissenschaftlicher Studien, kam zu dem Ergebnis, dass asymptomatische Angesteckte für weniger als 1% der Ansteckungen verantwortlich waren.

Der PCR-Test wurde wissentlich falsch eingesetzt

Womit wir beim PCR-Test wären, unserem dritten Kapitel. Der PCR-Test war und ist nicht geeignet, um Träger des Coronavirus (oder anderer Viren) nachzuweisen. Der Entwickler des Tests, Kary Mullis, weist ausdrücklich darauf hin: „Mit PCR, wenn man es gut macht, kann man fast alles in jedem finden“, erklärte er. Es genüge, die Anzahl der CT-Zyklen zu erhöhen. Man wusste also, dass man mit einem fehlerhaften Instrument maß. Im Straßenverkehr würde jeder Autofahrer vor Gericht Recht

Fraktion im PDG V.o.G.

bekommen, wenn man seine angebliche Geschwindigkeitsübertretung auf diese Art und Weise gemessen hätte. Unsere Analyse belegt anhand von Dutzenden Nachweisen (FN 35-50), dass man sehr wohl wusste, dass man fehlerhafte Messungen anstellte, also auf Sand baute.

Dennoch haben Regierungen, gestützt von wohlgesinnten Wissenschaftlern, aus nicht zuverlässigen Daten zum Teil drastische Maßnahmen abgeleitet: Man hat sogar in internationalen Konventionen und der Verfassung verbiefte Grundrechte eingeschränkt oder gar ausgesetzt.

Corona war nur für bestimmte Menschen gefährlich, aber man sperrte alle ein. Auch Kinder

Doch nicht nur in Sachen PCR-Tests – Belgien gab zeitweise drei Millionen Euro pro Tag für solche fragwürdigen Tests aus – gingen die Regierungen von falschen Annahmen aus. Wie wir heute wissen und wie die WHO hat berechnen lassen, lag das Risiko, nach einer Infektion mit dem Coronavirus zu sterben, zwischen 0,09 und 0,23%, bei unter-70-jährigen sogar zwischen 0,03 und 0,05%. Es war somit früh klar, dass nur bestimmte Bevölkerungsgruppen, in der Regel ältere, vorerkrankte Menschen gefährdet waren. Trotzdem haben Regierungen die ganze Bevölkerung, einschließlich Kinder und Jugendliche, eingesperrt.

Während der Hochzeit von Corona hat man in Belgien alle Toten in Seniorenheimen zu den Corona-Toten gezählt, in Krankenhäusern wurden alle Menschen, die Corona hatten, aber einem anderen Leiden erlagen als Corona-Tote gezählt, usw. Man wird den Eindruck nicht los, dass die Zahl der Corona-Toten nicht hoch genug sein konnte. Panikmache gehörte zur Strategie, wie auch Aussagen des belgischen Gesundheitsministers Frank Vandenbroucke belegen.

Kaum Übersterblichkeit in der DG und Belgien

Schaut man sich die Gesamtsterblichkeit an, ergibt sich ein ganz anderes Bild als das öffentlich dargestellte und in den Medien verbreitete. Wir haben uns die Mühe gemacht, die ostbelgischen Zahlen Gemeinde pro Gemeinde der letzten Jahre und Jahrzehnte zusammenzutragen. Es gibt zwar eine leichte Erhöhung der Sterblichkeit in der DG (von 1,0 auf 1,2% im Jahr 2020). 2021 fällt diese aber wieder auf 1,0%, um 2022 erneut auf 1,1% anzusteigen. Die gleiche Sterblichkeit von 1,1% wurde übrigens 2015 und 2016 gemessen. Jemand, der in der Coronazeit nicht auf unserem Planeten Erde gewesen wäre und dem man diese Zahlen, aber auch die gesamtbelgischen zeigen würde, käme nie auf die Idee, dass in den letzten drei Jahren bei uns eine Pandemie grassiert hätte.

Die meisten Maßnahmen trugen kaum zur Eindämmung der Pandemie bei

Kommen wir nun zu den Maßnahmen, die ergriffen wurden. Unsere Analyse belegt, dass nahezu alle Maßnahmen – im Gegenteil zu dem, was immer wieder behauptet wurde – keinen oder kaum einen Effekt auf das Pandemiegeschehen hatten. Und damit weit über das Ziel hinausschossen. Und das lautete anfangs, die „Infektionskurve abzufachen und einen Kollaps des Gesundheitssystems zu vermeiden“. Als dieses Szenario nicht eintrat, hat man die Torpfosten verrückt und immer niedrigere Grenzwerte festgelegt.

Fraktion im PDG V.o.G.

Die Masken, die Lockdowns, die Quarantänepflicht, die Schul- und Betriebsschließungen, das Home-office, die Schließungen von Cafés, Restaurants, Kulturstätten und Kirchen: Alle diese Maßnahmen hatten kaum einen eindämmenden Effekt auf das Infektionsgeschehen. Das belegt auch ein Blick auf die beiden benachbarten US-Bundesstaaten North- und South-Dakota. In North-Dakota gab es kaum Einschränkungen, in South-Dakota hingegen drastische. Der Pandemieverlauf, die Infektionszahlen, die Zahl der Toten sind in beiden Bundesstaaten nahezu identisch und weisen meist sogar einen leichten Vorteil für North-Dakota aus, den Bundesstaat, in dem es die meisten Einschränkungen NICHT gab.

Selbst Karl Lauterbach gibt zu, dass die Schulschließungen ein Fehler waren

In dem Zusammenhang müssen wir auf die Situation in den Schulen eingehen. Stand heute, aber eigentlich schon sehr lange wissen wir, dass Kinder weder gefährlich erkranken können, noch das Virus weitergeben können. Das bedeutet, dass die Maßnahmen, die die Kinder vom gemeinsamen Lernen, von ihren Freunden und ihrer sozialen Entwicklung abgehalten haben, FALSCH waren. Wir haben immer wieder im Parlament der DG darauf hingewiesen. Heute gibt sogar der deutsche Gesundheitsminister Karl Lauterbach den Fehler zu.

In unserer Analyse haben wir zahlreiche seriöse Studien unter die Lupe genommen, die allesamt belegen, dass die Isolation, das Abstandhalten, das Maske-Tragen und viele andere Maßnahmen nicht zur Eindämmung der Pandemie, wohl aber zu einer Schwächung unserer natürlichen Immunität geführt haben. In Jahrmillionen Evolution hat die Natur uns Menschen mit einem intelligenten System ausgestattet, das wesentlich besser ist als jede künstliche Intervention, auch Impfungen. Leider muss man jetzt feststellen, dass die Coronapandemie genau das wieder bewiesen hat.

Die natürliche Immunabwehr wurde nicht gestärkt. Nur Impfung sollte Immunität schaffen.

Zwischenzeitlich konnte man sogar befremdliche Ausdrücke hören wie „schmutzige Immunisierung“. Damit war gemeint, dass jemand durch eine Ansteckung immun wird. Dabei geschieht das mit jeder Grippe und jeder anderen Erkrankung jeden Tag – millionenfach. Und eine Herdenimmunität durch Infektion ist nichts Schmutziges“, sondern das Natürlichste auf der Welt, mindestens so gut wie jede erzwungene Immunität. Auch das wissen wir heute. Folglich wurde auch kaum von der Notwendigkeit der Immunstärkung gesprochen.

Nicht umsonst zeigt die in zahlreichen Ländern festgestellte Übersterblichkeit im Jahr 2022, dass nach der Pandemie viele Menschen an Grippe, Atemwegserkrankungen usw., aber auch an Krebs und Herz-Kreislaufkrankungen sterben, weil ihre natürliche Immunität in mehr als zwei Jahren der massiven Verbreitung von Angst dem Maske-Tragen und der Isolation geschwächt wurde. Oder wegen einer Unterbrechung der Behandlung oder wegen der Angst, in ein Krankenhaus zu gehen oder zur Voruntersuchung (welche teilweise ganz ausgesetzt wurden). Ganz zu schweigen von den Langzeitfolgen. Gerade bei Kindern und Jugendlichen, die in ihrer Entwicklung zurückgeworfen wurden. Manche sprechen jetzt schon von „verlorenen Jahren“ und hier bedarf es einer ausführlichen Untersuchung.

Mit dem Covid SAFE Ticket wurden Menschen zweiter Klasse geschaffen

Das Covid-Safe-Ticket, kurz CST können wir aber nicht unerwähnt lassen. Allein schon der Name ist ein Hohn: Schon als das CST beschlossen wurde, wusste man, dass die Impfungen nur einen zeitlich begrenzten Schutz bieten. Die Impfung schützt auch nicht vor einer Ansteckung oder der Weitergabe einer Ansteckung. SAFE war also nur der Name. In Wirklichkeit war das CST eine grobe Irreführung der Bevölkerung. Wie leider so vieles während dieser Epidemie. Politisch betrachtet, haben die belgischen Regierungen mit diesem Instrument Menschen zweiter Klasse geschaffen: in grober Verletzung der belgischen Verfassung und der Menschenrechtscharta. Und die DG-Regierung hat das alles mitgemacht, gestützt auf ihre Mehrheit im Parlament und die beiden Oppositionsparteien CSP und Ecolo.

Alternativlos? - Heute weiß man, dass Länder mit weniger starken Einschränkungen den besseren Weg gewählt haben.

Das belegen die Statistiken. Als Beispiel: In Schweden haben die Kinder und Jugendlichen praktisch ohne Unterbrechung ihre Schulen und Kindergärten besuchen können. Auch ökonomisch hat Schweden weniger gelitten. Schweden hat auch weniger Schulden gemacht, um all die Maßnahmen zu finanzieren, von denen wir heute wissen, dass die meisten die natürliche Entwicklung der Pandemie kaum beeinflusst haben. Und, im Gegenteil, die Gesundheit der Menschen und die Volkswirtschaft geschwächt haben. Ganz zu schweigen von den Langzeitfolgen, die man heute noch gar nicht absehen kann.

Vieles hätte anders gemacht werden können, anders gemacht werden MÜSSEN. Leider waren auch die DG-Regierung und die Mehrheit im PDG nicht bereit, ihre Politik zu hinterfragen. Die DG-Minister, allen voran Oliver Paasch und Antonios Antoniadis, können auch nicht die Schuld auf andere schieben. Sie waren in die Entscheidungen eingebunden, sie haben die Maßnahmen mitgetragen. Deshalb wenden wir uns heute mit unserem Resolutionsvorschlag an die DG-Regierung und die Föderalregierung, an die Parlamentarier in Belgien und Europa. Diese Pandemie und vor allem die Maßnahmen, die von nahezu allen Regierungen in ähnlicher Form getroffen wurden, müssen aufgearbeitet werden. Ohne Grauzonen und in aller Ehrlichkeit. Millionen Menschen sind betroffen und wurden stark in ihrem normalen Leben beeinträchtigt, allen voran Kinder und Jugendliche.

Wir fordern eine gründliche Analyse und stellen 12 Lösungsansätze vor:

1. Wiedereinführung der bestehenden Pandemieplanungsrichtlinien von vor 2020. Eine detaillierte, tiefgründige Evaluierung aller ab dem Jahr 2020 verabschiedeten Maßnahmen, unter Beteiligung interdisziplinärer Experten – Befürworter ebenso wie Kritiker – in Auftrag geben. Es sollte vorab bereits eine klare Verpflichtung seitens der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft geben, es nie wieder zu unverhältnismäßigen Restriktionen kommen zu lassen. Die Coronapandemie hat in der Tat gezeigt, dass die Kollateralschäden den Nutzen um ein Vielfaches übersteigen.

Fraktion im PDG V.o.G.

2. Rückkehr zu einer sachlichen und beruhigenden Kommunikation zur gesundheitlichen Lage. Jede Art der unnötigen Angst- und Panikmache ist tunlichst zu vermeiden. Entwicklung eines öffentlichen Aufklärungsprogramms, um schwerwiegende Zerrbilder der Krankheitsübertragung, der Sterbewahrscheinlichkeit und der möglichen Behandlungsoptionen richtigzustellen. Ein Kommunikationsstil, der auf einer nüchternen Einordnung und einer ruhigen Präsentation von Fakten basiert, ist längerfristig erfolgreicher.

3. Intensive Information und Aufklärung der Bevölkerung über die Bedeutung und Stärkung des eigenen Immunsystems.

4. Die Ärzte der ersten medizinischen Linie, d. h. die Hausärzte, sollten wieder stärker in die Frühbehandlung integriert und nicht übergangen werden. Jegliche Information über die zur Verfügung stehenden Medikamente, Therapien und Heilmittel sollten objektiv kommuniziert werden. Organisation eines konstruktiven Austauschs auf regionaler, nationaler, europäischer und weltweiter Ebene über Erfolge und Misserfolge bei der Behandlung von Atemwegserkrankungen und anderen medizinischen Bedrohungen. Krankenhäuser würden allein schon durch diese simplen Handlungen massiv entlastet.

5. Abkehr von der Methode, gesunde Menschen massenhaft zu testen. Rückkehr zu dem vor 2020 hinreichend erforschten und akzeptierten Verfahren der Diagnose von Atemwegserkrankungen sowie das erforderliche Vorhandensein von Symptomen. PCR-Tests sind nützlich, um die Diagnose von symptomatischen Patienten zu unterstützen. Sie sind nicht dazu geeignet, Krankheiten bei ansonsten gesunden Menschen zu diagnostizieren.

6. Gesunde Menschen sollen uneingeschränkt ein normales Leben führen können und nicht permanent unter Verdacht gestellt werden, krank und somit eine potenzielle Gefahr für ihre Mitmenschen zu sein. Empfehlungen zu Hause zu bleiben sollten nur an Personen mit mittleren bis starken Krankheitssymptomen ergehen.

7. Verwerfung der Maskenpflicht. Sie ist psychologisch und längerfristig physisch schädlich. Der angebliche Nutzen, eine Ausbreitung von Krankheiten in der Gesellschaft zu durchbrechen, ist theoretisch wie praktisch nicht erwiesen. Die Maskenpflicht stellt im Gegenteil sogar selbst ein potenzielles Übertragungsrisiko dar.

8. Verabschiedung von der Vorstellung, dass eine massenhafte Impfung inmitten einer Pandemie diese beendet.

9. Sofortige Beendigung der Corona-Impfung von Kindern und Jugendlichen. Es gibt hierfür kein medizinisches, logisches oder ethisches Argument.

10. Die Einflussnahme der Pharmaindustrie und deren Lobbyisten konkret begrenzen und eine Rückkehr zum Zulassungsverfahren für Medikamente und Impfstoffe, wie sie vor 2020 bestand.

11. Rückkehr und Bekenntnis zur Verfassung und zu den allgemein anerkannten Menschenrechten, die gerade in Krisenzeiten von außergewöhnlicher Wichtigkeit sind.

Fraktion im PDG V.o.G.

12. Verstärkte Finanzierung und Erforschung von Behandlungsmöglichkeiten für Krankheiten wie COVID-19, statt der Konzentration auf die Impfung als alleinige Strategie.

Was geschehen ist, kann nicht ungeschehen gemacht werden. Wir wollen aber nicht nur kritisieren, deshalb bieten wir auch 12 konkrete Lösungsansätze zur Diskussion an. Für die Zukunft fordern wir einen anderen Umgang mit möglichen neuen Pandemien oder ähnlichen Situationen und einen Plan für den Umgang mit solchen Herausforderungen. Außerdem fordern wir, das belgische Gesundheitswesen komplett zu reformieren und auf die Vorsorge und den Erhalt der Gesundheit der Menschen auszurichten. Und schließlich sollte die EU die Mitgliedstaaten selbst entscheiden lassen, wie sie national mit Pandemien umgehen.

Für mehr Details siehe [Download Resolutionsvorschlag](#)

Gerne empfangen wir Sie zu einem Pressegespräch im Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft am Donnerstag, den 20. April 2023 um 11h00.

Vivant-Fraktion im PDG

Diana Stiel, Alain Mertes, Michael Balter